

schmutzen und 65% zur gesamten Industrieverschmutzung der Flüsse und Seen beitragen, sollen ebenfalls neue erlaubte Standards erreicht haben. Allerdings war der Anteil der Schlüsselunternehmen, die höhere Umweltstandards erreichen konnten, mit 77% deutlich niedriger. Keine Fortschritte machten die meisten Schlüsselunternehmen in den Provinzen Guizhou, Sichuan, Ningxia, Guangxi, Jiangxi, Innere Mongolei sowie in der Metropole Chongqing. Sie befinden sich vor allem in den Branchen Metallurgie, Chemie, Kohle, NE-Metall und Baustoffe. (XNA, 13.11.00)

Schließungen von umweltverschmutzenden Unternehmen haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Stadtregierung Chongqing hat beispielsweise insgesamt 2.200 Unternehmen in den letzten fünf Jahren geschlossen, die stark die Umwelt belasteten und die Umweltstandards nicht erreichten. Überwiegend waren dies kleinere Fabriken und Kohlebergwerke. (XNA, 17.11.00)

In Beijing erging an die Capital Iron and Steel Company, die zu Chinas größten Stahl- und Eisenproduzenten zählt, die Aufforderung, ihren Output zu reduzieren und die Aktivität verschiedener Hochöfen noch vor Ende März 2001 einzustellen. Um die Luftverschmutzung in Beijing während der Heizperiode zu beschränken, wurden auch andere umweltverschmutzende Unternehmen wie die Zementfabrik Yanshan zu vorübergehenden Produktionseinstellungen aufgefordert. (XNA, 18.11.00)

Der Staatsrat weist in seinem Rundschreiben darauf hin, dass die Verschmutzung durch Industriebetriebe stärker kontrolliert werden wird. Unternehmen, die die vorgegebenen Umweltstandards nicht erreichen, müssten geschlossen oder ihre Produktion muss für einen bestimmten Zeitraum stillgelegt werden. Im 10. Fünfjahresplan soll sichergestellt werden, dass sich die Unternehmen strikt an die Emissionsvorgaben halten. Weiterhin müssen alle Städte in diesem Zeitraum Kläranlagen zur Abwasserbehandlung bauen. Ziel ist es, bis zum Jahre 2005 den Anteil des geklärten Abwassers in Städten mit einer Bevölkerung von über 500.000 Einwohnern auf mehr als 60% anzuheben. Bis

zum Jahre 2010 sollen dann die übrigen Städte den Anteil des behandelten Abwassers auf mindestens 60% erhöht haben. Ausnahmen davon bilden die Provinzhauptstädte, die Städte mit eigenständiger Planungshoheit und wichtige Städte für den Tourismus, deren Anteil am behandelten Abwasser mindestens 70% erreichen soll.

Gleichzeitig zur Erhöhung der Umweltstandards und ihrer Umsetzung soll die Reform der Preise für Wasser vorangetrieben werden. Auch hier sollen Marktmechanismen gelten und eine Diversifizierung der Beschaffung von Finanzmitteln mit Einbeziehung ausländischer Investitionen erfolgen, um den Bau und die Betreibung von Kläranlagen in den Städten zu beschleunigen. Für die Abwasserklärung sollen die Städte dann entsprechende Gebühren erheben, die den Aufbau und die Unterhaltung von Kläranlagen ermöglichen. (SWB FE/D4010/CNS, 29.11.00) -schü-

SVR Hongkong

39 Rückführungsabkommen mit Deutschland unterzeichnet, Visafreiheit für EU im Visier

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Rückführung illegal eingereister Personen zwischen der SVR Hongkong und der Bundesrepublik Deutschland durch Anson Chan (Administrative Secretary) und Innenminister Schily am 17. November in Hongkong könnte sich als wichtiger Schritt auf dem Weg zur visafreien Einreise von Hongkonger Bürgern nach Deutschland und in andere Staaten der EU erweisen. In dem Abkommen, das in nur zweimonatigen Verhandlungen zu Stande kam, verpflichten sich beide Seiten zur Rücknahme von illegal in das Territorium der jeweils anderen Seite eingereisten Bürger. Die Bestimmungen sehen vor, dass auch solche Personen nach Hongkong zurückgeführt werden sollen, die sich bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland gefälschter Hongkonger Pässe bedienen oder sich mit solchen illegal dort aufhalten. (SCMP,

18.11.00; vgl. auch die entsprechende Übersicht zur Außenpolitik in diesem Heft)

Die Vertreter beider Seiten stimmten nach Auskunft eines Sprechers der SVR Hongkong darin überein, dass das schnelle Zustandekommen der Vereinbarung ein deutlicher Beleg für die konstruktive Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Einwanderung und Menschenhandel darstelle (XNA, 17.11.00)

Nach der erfolgreichen Unterzeichnung teilte Innenminister Schily mit, Deutschland werde Hongkong darin unterstützen, die bestehenden Visa-beschränkungen für Hongkonger Bürger in EU-Staaten aufzuheben. Dies trifft jedoch auf Vorbehalte seitens einer Reihe anderer Länder der EU, die im Falle einer Abschaffung der Visapflicht für Reisende aus Hongkong einen Anstieg der Zahl der illegalen chinesischen Einwanderer befürchten, die die ehemalige britische Kolonie verstärkt als Sprungbrett in die EU nutzen könnten. (SCMP online, 18.11.00) -kg-

40 Rücktritt des China-Redakteurs der *South China Morning Post*

Willy Wo-Lap Lam, der für die Berichterstattung über China verantwortliche langjährige Redakteur der größten englischsprachigen Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* (SCMP), ist Anfang November zurückgetreten. Nach seinen eigenen Angaben protestierte er damit gegen zunehmende Versuche von Seiten des Eigentümers und des Herausgebers der Zeitung, seine Beiträge zur Politik auf dem Festland zu zensieren und die Berichterstattung zu depolitisieren (Artikel von Lam in AWSJ, 10.11.2000; vgl. AWSJ, 6.10.2000; IHT, 7.11.2000; SCMP, 7.11.2000).

Die Gründe, die zu Lams Rücktritt geführt haben, sind, sofern seine Darstellung zutreffend ist, als eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Pressefreiheit in Hongkong zu werten.

Willy Wo-Lap Lam war seit zwölf Jahren als Kolumnist und Redakteur bei der SCMP tätig und in den letzten zehn Jahren für die Sparte zu Festlandchina verantwortlich. Durch zahl-

reiche Beiträge zu den Hintergründen politischer Entscheidungsprozesse innerhalb der Beijinger Führung hatte er sich große Prominenz als der bestinformierte „China-Watcher“ in Hongkong erworben (ebenda).

Gemäß seiner eigenen Darstellung war das jüngste Zerwürfnis mit dem Herausgeber der SCMP das Resultat eines sich seit mehreren Jahren zuspitzenden Konflikts. Dieser habe seinen Anfang im Jahr 1993 genommen, als der malaysische Tycoon Robert Kuok die Mehrheitsbeteiligung an der SCMP von Rupert Murdoch erwarb. Von Beginn an habe Kuok versucht, Einfluss auf die Nachrichtenberichterstattung der Zeitung zu nehmen. Im Jahr 1995 sei Lams Name auf eine Liste von rund zwei Dutzend Mitarbeitern der SCMP gesetzt worden, deren Stellen mittelfristig abgebaut werden sollten. Von Seiten Kuoks und des SCMP-Managements gingen wiederholt Beschwerden über Lams Beijing-kritische Artikel ein, die allerdings zunächst keine weiteren Konsequenzen mit sich brachten.

Im Juni dieses Jahres allerdings reagierte Robert Kuok auf einen Kommentar Lams mit scharfer öffentlicher Kritik. Lam hatte darin über einen Besuch von 30 Tycoonen in Beijing berichtet, denen von der chinesischen Führung geschäftliche Vorteile auf dem Festland in Aussicht gestellt worden sein sollen, sofern sie Regierungschef Tung Chee-hwa für die zweite Amtszeit ihre Unterstützung zukommen ließen (SCMP, 28.6.2000). Kuok hatte daraufhin einen Leserbrief verfasst, in dem er kritisierte, dass Lams Artikel „voller Verdrehungen und Spekulationen“ sei.

Seit diesem Ereignis habe Robert Keatley, der Herausgeber der SCMP, der selbst von Beijing verstärkt unter Druck gesetzt worden sei, Lam wiederholt nahe gelegt, die Berichterstattung über China zu „diversifizieren“ und weniger Beiträge zu politisch sensiblen Themen in die Zeitung zu setzen. Da Lam sich von den Ratschlägen Keatleys nicht beeindruckt haben lassen, sei dieser ab September dazu übergegangen, die Beiträge Lams eigenhändig zu redigieren. Eskaliert sei der Konflikt mit Keatley schließlich, nachdem Lam im Oktober einen Artikel über die besorgten Reaktionen

Beijings auf den Machtwechsel in Belgrad verfasst hatte (vgl. C.a., 2000/10, S.1171). Keatley habe daraufhin ange droht, Lams Artikel zukünftig grundsätzlich vor der Publikation zu prüfen.

Vor allem aber habe Keatley Anfang November Lam mit der Ankündigung konfrontiert, dass die China-Sparte der Zeitung mit sofortiger Wirkung reorganisiert würde. Er sei informiert worden, dass Wang Xiangwei, früherer Journalist der volksrepublikanischen Zeitung *China Daily* und seit 1996 Mitarbeiter bei der SCMP, Lam als China-Redakteur ersetzen würde; Lam selbst sei angeboten worden, weiterhin als Kolumnist tätig zu sein. Lam sei daraufhin zurückgetreten, um gegen die unangemessene Behandlung innerhalb der SCMP sowie gegen deren nachgiebige Haltung gegenüber politischem Druck aus Beijing zu protestieren (AWSJ, 10.11.2000).

Robert Keatley verteidigte sich damit, dass bei seiner Entscheidung ausschließlich Kriterien des redaktionellen Managements eine Rolle gespielt hätten. Ziel der organisatorischen Umgestaltung der Zeitung sei einzig die Erweiterung und Diversifizierung der Berichterstattung über China gewesen (SCMP, 4.11.2000).

Entgegen diesen Beteuerungen des Herausgebers der SCMP ist die Mehrzahl der Kommentatoren in Hongkong und in der internationalen Öffentlichkeit davon überzeugt, dass der personelle Wechsel politisch motiviert war. Der Verdacht politischer Selbstzensur in Hongkong, der zum Zeitpunkt der Rückgabe Hongkongs im Jahr 1997 seinen Höhepunkt erreicht hatte, hat damit erneut Nahrung erhalten. Mit Besorgnis wird insbesondere zur Kenntnis genommen, dass nicht wie bisher nur chinesischsprachige Zeitungen, sondern mit der SCMP nun auch die renommierteste englischsprachige Zeitung unter Druck geraten ist (*Hong Kong iMail* website, 3., 6., 8.11.2000; SCMP, 9., 10.11.2000; AWSJ, 6.11.2000; IHT, 7.11.2000; NZZ, 17.11.2000).

Bereits eine Woche zuvor war in Hongkonger Journalisten-Kreisen eine erhebliche Verunsicherung dadurch eingetreten, dass Chinas Staatspräsident Jiang Zemin anlässlich einer Pressekonferenz Medienvertreter der SVR in ungewöhnlich scharfem Ton angegrif-

fen hatte, sie würden zu naive Fragen stellen (SCMP, 4., 5., 6.11.2000). Das Verhalten Jiangs könnte eine neue Entschlossenheit der Beijinger Führung signalisieren, die Beijing-kritische Berichterstattung in Hongkong nicht mehr wie in bisherigem Umfang zu dulden.

Auch die Autorin dieser Übersicht ist durch den Rücktritt Willy Wo-Lap Lams betroffen. Gerade auch seine Beiträge in der SCMP stellten eine enorme Bereicherung und wichtige Ergänzung zu der homogenisierten offiziellen Berichterstattung der volksrepublikanischen Medien dar. Der an Lam und an zahlreiche andere Hongkonger Journalisten gerichtete Vorwurf, sie würden in erster Linie unseriöse Spekulationen und Gerüchte verbreiten, erscheint insofern nicht gerechtfertigt, als die hochgradige Intransparenz und Diskretion des volksrepublikanischen Nachrichtenwesens den Bedarf nach solchen Spekulationen und Gerüchten überhaupt erst erzeugt. Die Alternative zur reflektierenden Kenntnisnahme „informierter Spekulationen“, wie sie in Hongkong professionell publiziert werden (und sich gewiss in manchen Fällen auch als falsch erweisen können), bestünde ja darin, sich vollständig auf die offizielle Berichterstattung aus der VR China zu verlassen - eine tatsächlich unseriöse Alternative. Mit dem Verlust der Mitarbeit Lams reduziert sich in jedem Fall die wichtige Rolle der SCMP als Korrektiv der offiziellen chinesischen Berichterstattung über politische Entscheidungsprozesse in Beijing. -hol-

41 Kein Zuschlag für Ausrichtung der Asienspiele 2006

Das Gebot der SVR Hongkong, im Jahr 2006 die Asienspiele auszurichten, ist abgeschlagen worden. Den Zuschlag des Olympischen Komitees für Asien, das Mitte November in Pusan in Südkorea zusammentrat, erhielt stattdessen Doha im Golfstaat Katar (SCMP, 13.11.2000).

Seit der Entscheidung der SVR im November 1999, sich als Gastgeber der Asienspiele zu bewerben, waren Kuala Lumpur (Malaysia) und Hongkong allgemein die besten Chancen für den Zuschlag gegeben worden. Die Konkurrenz zwischen ihnen hatte sich in

den vergangenen Wochen zugespitzt, als sich Vertreter beider Seiten gegenseitig vorwarfen, „in letzter Minute“ unlautere Taktiken zur Verbesserung der eigenen Chancen zu betreiben. Doha waren aufgrund der relativ schlechteren Infrastruktur und den vergleichsweise bescheidenen in Aussicht gestellten finanziellen Vergünstigungen nur geringe Chancen eingeräumt worden. Der vierte Bewerber Neu Delhi schließlich soll sein Gebot vor der Entscheidung informell zurückgezogen haben (SCMP, 7., 10., 13.11.2000).

Gemäß der nun erreichten Stimmenverteilung kam Hongkong mit nur 6 Stimmen nach Doha mit 22 und Kuala Lumpur mit 13 Stimmen auf den abgeschlagenen dritten Platz. Das Ergebnis wurde in der Sonderverwaltungsregion mit großer Überraschung und Enttäuschung aufgenommen. Da mit Sicherheit erwartet werden konnte, dass China, Macau und Taiwan zugunsten Hongkongs stimmen würden, hatte die Region damit die Stimmen von nur drei weiteren Vertretern des Komitees für sich gewinnen können. Als Post-hoc-Rationalisierung der Niederlage wurde dem Olympischen Komitee für Asien vorgeworfen, die Entscheidung nach „politischen“ Kriterien entscheiden zu haben. Die Staaten des Mittleren Ostens wurden bezichtigt, die Entscheidung zugunsten Katars im Block getroffen zu haben. Tatsächlich waren die Asienspiele zuletzt im Jahr 1976 in einem Staat des Mittleren Ostens ausgerichtet worden (SCMP, 13.11.2000).

Erwartungsgemäß kam aber vor allem die Regierung der SVR unter Beschuss. Ihr wurde vorgeworfen, mit ihrer unklugen Entscheidung für das Gebot Kosten von mindestens 15 Mio. HKD verursacht zu haben, die für Werbekampagnen in Hongkong und Lobbyaktivitäten im Ausland aufgewendet worden waren. Im Vergleich zu der Summe von mindestens 945 Mio. HKD, die für den Fall eines Zuschlags zur Vorbereitung auf die Asienspiele veranschlagt worden war, erschien dieser „Preis der Niederlage“ allerdings durchaus verkraftbar. Es war spekuliert worden, dass Regierungschef Tung Chee-hwa sich für das Gebot entschieden habe, um dem Tycoon Henry Fok Ying-tung, dessen Sohn Timothy Fok Tsun-ting Präsi-

dent des Olympischen Komitees ist, einen Vorteil zu verschaffen (SCMP, 17., 19.11.2000).

Tung Chee-hwa gestand seine Enttäuschung über das Ergebnis ein, betonte aber zugleich, dass die Kampagne immerhin den Stellenwert des Sports im Hongkonger Gemeinwesen verbessert habe, und versprach, ungeachtet der negativen Entscheidung die Sport-Infrastruktur der Stadt in den kommenden Jahren gezielt auszubauen.

Beijing hielt sich mit Kommentaren über die Niederlage Hongkongs zurück. Wie nun bekannt wurde, ging der Entscheidung um den Zuschlag der Asienspiele ein längerer Lobbying-Prozess in Beijing voraus. Nachdem sich Beijing selbst für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 beworben hat, dürften sich Hongkong und Beijing gegenseitige Unterstützung zugesagt haben. Allerdings kann vermutet werden, dass die Bieter der VR China die Niederlage Hongkongs nicht allzu sehr bedauern dürften, da im Falle eines Zuschlags für die Asienspiele die Aussicht Beijings gesunken wäre, selbst den Zuschlag für die Olympischen Spiele zwei Jahre später zu erhalten (SCMP, 3., 13.11.2000). -hol-

42 Ausweitung der Hochschulbildung

In Hongkong gehen die Auseinandersetzungen um die Bildungsreform weiter. Für Diskussionsstoff sorgt insbesondere Tung Chee-hwas Ankündigung in seiner Regierungserklärung, die Hochschulbildung auszuweiten, sodass innerhalb von zehn Jahren 60% statt bisher rund 30% aller Absolventen der Sekundarstufe II eine Hochschule besuchen können (vgl. C.a., 2000/10, Ü 36). Dieser Vorschlag war weder in den Empfehlungen der Expertenkommission zur Bildungsreform enthalten noch hatte Tung ihn zuvor mit der Bildungskommission abgesprochen, sondern er hatte ihn eigenmächtig vorgebracht. Tung soll die Idee zu einer Ausweitung der Hochschulbildung nach einem Besuch des Bildungsministers von Singapur bekommen haben, wo die Übergangsrate zur Hochschule 60% beträgt (SCMP, 3.11.00). Viele Fachleute betrachten die Ankündigung als unrealistisch, ins-

besondere weil die Frage der Finanzierung dieses ehrgeizigen Plans völlig offen ist. Ohne eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben ist es praktisch unmöglich, innerhalb von zehn Jahren 28.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Von Seiten der Bildungsbehörde verlautete denn auch, die Ankündigung sei nicht als festes Ziel zu verstehen, sondern als Vision. Ob sie verwirklicht werden könne, hänge von der Nachfrage des Marktes und der Kapazität der tertiären Bildungseinrichtungen ab. (SCMP, 3. u. 21.11.00)

Befürchtungen werden auch gehegt, dass das Niveau der Hochschulbildung infolge einer Ausweitung des Zugangs sinken könnte, denn die zusätzlichen Studienplätze würden dann zu einem großen Teil an junge Leute vergeben, die keinen regulären Abschluss der Sekundarstufe II vorweisen könnten, heißt es (SCMP, 3.11.00). Solche Befürchtungen beruhen jedoch mehr und mehr auf einer unrealistischen Einschätzung der Qualität der Hongkonger Hochschulbildung. Im Vergleich mit der Hochschulbildung an den guten Universitäten des Festlands schneidet Hongkong nämlich längst nicht mehr so gut wie bisher ab. Noch wiegt sich Hongkong in dem Bewusstsein, dass seine Hochschulen die besser qualifizierten Absolventen produzierten und der Anteil junger Leute, die eine Hochschulbildung erhalten, um ein Vielfaches höher liege als auf dem Festland. Doch in Wirklichkeit weist das tertiäre Bildungssystem in Hongkong zunehmend Schwächen auf: Professoren klagen über mangelnden Lernerfolg und sinkende Qualität der Hongkonger Studenten (SCMP, 18.11.00), während Studenten vom Festland, die zum Weiterstudium nach Hongkong kommen, allgemein eine sehr gute Ausbildung und vor allem hochgradige Motivation zur Erlangung weiterer Qualifikationen attestiert werden (SCMP, 9. u. 21.11.00).

Ist also der Einwand sinkender Qualität schon heute illusorisch, so wird die Notwendigkeit der Ausweitung tertiärer Bildung durch eine von der Regierung in Auftrag gegebene Studie gestützt, nach der Hongkong weitaus mehr Hochschulabsolventen benötigt, als es gegenwärtig ausbilden kann. Der Studie zufolge werden in Hongkong bis zum Jahre 2005 rund 110.000 An-

gestellte fehlen, deren Ausbildungsniveau höher liegt als ein Abschluss der Sekundarstufe II (SCMP, 3., 15. u. 23.11.00). Angesichts dieser Prognose kann Hongkong nicht umhin, Maßnahmen für die Ausweitung der Hochschulbildung zu ergreifen und das von Tung gesetzte Ziel, wenn auch vielleicht nicht in dem genannten Umfang, anzustreben. Der Bedarf an akademisch ausgebildetem Personal wird vor allem auf den Gebieten Informatiktechnologie und Finanzwesen akut werden. -st-

43 Hohes Wirtschaftswachstum im 3. Quartal

Das schnelle Entwicklungstempo der Hongkonger Wirtschaft im 1. Halbjahr hat sich auch im 3. Quartal mit einem BIP-Wachstum von 10,4% gegenüber der Vorjahresperiode fortgesetzt. In den ersten drei Quartalen insgesamt ergibt sich nun eine Zunahme des BIP um 11,7%.

Die Hongkonger Regierung führt das hohe Wachstum im 3. Quartal auf den Anstieg der Exporte, die Erhöhung der Inlandsnachfrage und eine Verstärkung der Investitionen zurück. So nahmen die Exporte von Gütern um 17,7% zu, und die Dienstleistungsexporte stiegen um 12,6%. Weiterhin erhöhten sich die Konsumausgaben um 5,6% und die Investitionen um 13% im 3. Quartal im Vergleich zur Vorjahresperiode. Auch die Arbeitsmarktbedingungen verbesserten sich. So ging die saisonal angepasste Arbeitslosenquote von 5% auf 4,8% zurück. (XNA, 25.11.00)

Problematisch ist jedoch immer noch die Preisentwicklung. So gingen die Verbraucherpreise im Oktober um 2,7% gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Im September lag die Deflationrate bei 2,6%. (SCMP, 22.11.00)

Mit Blick auf die erfolgreiche Entwicklung in den ersten neun Monaten d.J. geht der Internationale Währungsfonds davon aus, dass das BIP-Wachstum aufgrund der starken externen Nachfrage für das gesamte Jahr bei 9,5% liegen wird. Für das kommende Jahr erwartet der Internationale Währungsfonds jedoch ein Abschwächen des Wirtschaftswachstums auf 4%, da der Effekt der niedrigen Ausgangsbasis für das Wachstum weg-

fallen und die Zunahme von Konsum sowie Investitionen geringer sein wird. (XNA, 15.11.00) -schü-

SVR Macau

44 Edmund Hos zweite Regierungserklärung

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion (SVR) Macau, Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), gab am 9. November seine zweite Regierungserklärung in seiner noch nicht einmal einjährigen Amtszeit ab. Nach den letzten schweren Jahren zeige Macaus Wirtschaft Signale der Erholung, so Ho in seiner Rede. Das Wachstum in einigen Bereichen bedeute aber noch nicht, dass eine allgemeine Wiederbelebung bevorstehe. „Die gesellschaftlichen Bedingungen insgesamt erfordern es gegenwärtig und in der Zukunft, dass wir weiterhin eine praktische und schrittweise Strategie anwenden.“ Ungebührliche Hast müsse vermieden werden. Das Prinzip der „beständigen Entwicklung“ werde die Strategie für die Administration in den kommenden Jahren bleiben. Edmund Ho wies darauf hin, dass die Rolle Macaus als Brücke zwischen Unternehmen auf dem chinesischen Festland und den romanisch-sprachigen Ländern gestärkt werden müsse (das sind fast 80 Länder, Regionen und Städte, in denen Portugiesisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Rumänisch gesprochen wird, mit einer Gesamtbevölkerung von beinahe einer Milliarde).

Für dieses Jahr sagte Edmund Ho ein vierprozentiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) voraus (nach vier aufeinander folgenden Jahren eines realen Negativwachstums des BIP), basierend auf einer Verdoppelung des Wachstums bei Exporten, Touristen und Einnahmen aus Kasiosteuern sowie einer drastischen Abnahme der Kriminalität. In der Erklärung wurde auch die Entschlossenheit der Regierung, die Wirtschaft in den Bereichen Kasinoindustrie und Telekommunikation zu entmonopolisieren, deutlich. Alle Anstrengungen sollten unternommen werden, um die

Investitionsverfahren zu vereinfachen, Verletzungen des geistigen Urheberrechts zu bekämpfen, den bürokratischen „Civil Service“ zu reformieren und 6.000 neue Stellen durch eine Reihe von öffentlichen Investitionsprojekten zu schaffen. Ho kündigte die Einrichtung zweier Zentren zur Förderung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung und privater Geschäftsinitiativen sowie einen „think-tank“ zur Lieferung von Ideen zu langfristigen Entwicklungsstrategien an. Die jüngsten Reisen des Regierungschefs nach Singapur, Japan und Shenzhen hatten die Rückständigkeit Macaus in den Bereich High-techindustrien, Informationstechnologie und „e-government“ deutlich gemacht. Nach Aussagen lokaler Planer wird Macau noch mehrere Jahre benötigen, um mit anderen Städten in der Region gleichzuziehen. (XNA, 10.11.00; SCMP, 18.11.00)

Nach einer von Forschern der Universität Macau am 11. und 12. November per Telefon durchgeführten Meinungsfrage äußerten 75% der über 700 Befragten ihre Zufriedenheit über Edmund Hos Regierungserklärung. 85% zeigten sich zufrieden mit den bisherigen Leistungen der SVR-Regierung. (XNA, 17.11.00)

Im Monat November empfing Edmund Ho auch Delegationen des Europäischen Parlaments und aus Estland, außerdem besuchte er die Sonderwirtschaftszone Shenzhen. Am 4. November unterrichtete er die Delegation des Europäischen Parlaments unter Leitung von Per Gahrton, die vorher China und Hongkong besucht hatte, über die Situation Macaus nach der Rückgabe an China. Zum Einfluss von Chinas Beitritt zur WHO merkte er an, dass Macau eines der Gründungsmitglieder der Organisation sei. Die SVRM werde zwar keinen großen Gewinn aus Chinas Teilnahme ziehen können, aber sicherlich einigen Geschäftsleuten in Macau günstige Gelegenheiten bieten. (Macau Government Information Bureau website, 5.11.00) Am 14. November nahm Edmund Ho an den Feiern zum 20. Jahrestag der Gründung der SWZ Shenzhen teil. Am darauf folgenden Tag erörterte er mit Zhang Gaoli, stellvertretender Parteisekretär der Provinz Guangdong und gleichzeitig Parteisekretär von Shenzhen, Formen der Zusam-